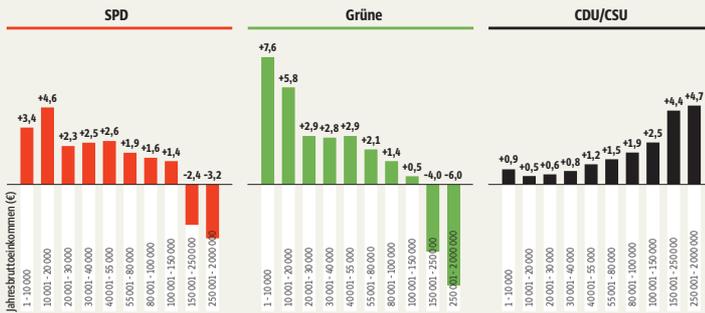


Der große Unterschied

Was die ausgewählten Vorschläge der Parteien den Deutschen bringen – oder sie kosten

Erhöhung (+)/Reduzierung (-) des verfügbaren Jahreseinkommens, in Prozent



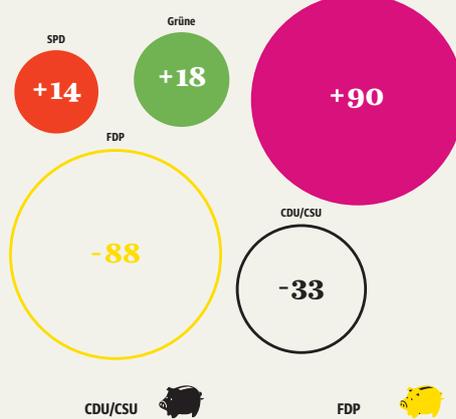
Finanzielles Plus oder Minus für ausgewählte Haushalte

Pro Jahr in Euro

Partei	Bruttoeinkommen	Alleinstehend	Paar mit zwei Kindern
Linke	20 000	+1210	+6490
	40 000	+1640	+5090
	60 000	+1410	+5520
	120 000	-8640	-1780
	300 000	-139 340	-191 410
SPD	20 000	+0	+3200
	40 000	+150	+4030
	60 000	+590	+1020
	120 000	+460	+1090
	300 000	-11 440	-12 840
Grüne	20 000	+110	+3420
	40 000	+110	+3290
	60 000	+110	+1930
	120 000	-100	+750
	300 000	-11 690	-12 990
CDU/CSU	20 000	+70	+890
	40 000	+300	+940
	60 000	+920	+1090
	120 000	+4080	+2290
	300 000	+8310	+10 500
FDP	20 000	+280	+2920
	40 000	+1740	+870
	60 000	+3420	+2000
	120 000	+8180	+6560
	300 000	+12 400	+18 160

Welche Einnahmen die Parteien durch diese Vorschläge für die Staatskasse erzeugen (+) oder welches Loch sie reißen (-)

In Milliarden Euro, ohne mögliche positive Effekte der Maßnahmen und Steuervermeidung



Was die Wahl für das eigene Konto bedeutet

Die Vorschläge von SPD, Grünen und Linken auf der einen und Union und FDP auf der anderen Seite unterscheiden sich überraschend stark. Das zeigt erstmals eine große Rechnung

VON CERSTIN GAMMELIN
UND ALEXANDER HAGELÜKEN

Wahlkampf? Manche Bürger halten dieses politische Großereignis für eine fade Sache. Die etablierten Parteien unterscheiden sich doch kaum, finden sie. Schwer, sich überhaupt für eine zu entscheiden – so die Ansicht. Doch für den Wahlkampf 2021 stimmt das nicht. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat für die Süddeutsche Zeitung berechnet, was zentrale Vorschläge der Parteien für den Geldbeutel der Bürger bedeuten. Und siehe da: Die Unterschiede sind gewaltig.

Die ZEW-Forscher konzentrieren sich auf die Steuer-, Sozial- und Familienpolitik, deren Wirkung für einzelne Haushalte in Deutschland bezifferbar ist. Jedenfalls nach Annahmen, die im Kosten unten „Wie die Forscher gerechnet haben“ erklärt sind. Das bedeutet: Diese Ergebnisse gelten nicht für die Wahlprogramme als Ganzes, weil Pläne zum Beispiel zu Klimaschutz oder Digitalisierung nicht auf einzelne Haushalte herunterzubrechen sind – oder zu vage formuliert wurden.

Trotzdem zeigt die Analyse zentraler Politikbereiche dem Wähler eines klar: Welche Partei sich um wen besonders kümmert. „SPD, Grüne und Linke möchten am meisten für Haushalte mit niedrigem Einkommen tun“, analysiert ZEW-Ökonom Florian Bühlmann. Anders bei der Mitte der Gesellschaft. Für sie haben alle fünf Parteien etwas in petto – die Union allerdings am wenigsten.

Kanzlerkandidat Armin Lascher (CDU) reserviert seine Wohltaten vor allem für Gutverdiener ab 80 000 Euro, so wie es sonst nur die FDP vorsieht. Die Konsequenz: Die berechneten Vorschläge von Union und Liberalen vergrößern die Kluft zwischen Arm und Reich. Gemessen am wissenschaftlichen Ungleichheitsmaß Gini nehmen die Unterschiede zwischen den Schichten zu.

Die Pläne des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und der Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock oder der Linken reduzierten das Gini-Maß um vier bis 15 Prozent – die Gesellschaft würde etwas gleich. Interessant ist auch, dass die berechneten Vorschläge von Union und FDP das Loch in den Staatskassen vergrößern würden. Die Pläne von Grünen, SPD und Linke dagegen bringen unter dem Strich zusätzliche Einnahmen (siehe Grafik oben rechts).

Mitte der Gesellschaft

Ein durchschnittlicher Haushalt in Deutschland verdient knapp 5000 Euro brutto im Monat, oder 60 000 Euro im Jahr. „Finanziell etwas für die Mitte der Gesellschaft tun. Dieses Versprechen könnten alle Parteien erfüllen. Im Detail unterscheiden sie sich aber deutlich“, sagt ZEW-Verteilungsexperte Sebastian Siegl. Bei Union und FDP steigt das Finanzloch absolut und prozentual, je mehr der Haushalt verdient; bei Linken, SPD und Grünen sinkt es.

Die SPD verspricht, durch ihre Pläne 95 Prozent aller Einkommen besserzustellen, davon die unteren beiden Drittel besonders. Folglich sinkt das finanzielle Plus ab einem Verdienst von 40 000 Euro bis 100 000 Euro prozentual (siehe Grafik oben links). Die Bürger hätten bis zu 1000 Euro mehr im Portemonnaie, ein neuer Computer für die Familie wäre also drin.

Ganz ähnlich sieht es bei den Grünen aus. Beide Parteien entlasten die Mitte prozentual etwa gleich hoch. Ehepaare mit zwei Kindern mit genau 40 000 oder 60 000 Euro dürfen zwischen 1000 und 4000 Euro im Jahr mehr erwarten (siehe oben die Tabellen „Finanzielles Plus“).

Die Linken entlasten Bürger mit mittlerem Einkommen sogar noch mehr, vor allem weil sie den Grundfreibetrag stark erhöhen wollen, auf den man keine Steuer zahlen muss. So hätte die Mitte bis zu 5500 Euro jährlich mehr Geld – fast eine neue Küche.

Bekommen Union und FDP das Sagen, ist der Trend andersherum: Je höher das Einkommen, desto mehr hat ein Haushalt finanziell zu erwarten. Dürften sich bei der FDP Haushalte mit einem Einkommen ab 40 000 Euro über ein Plus auf dem Konto von 3,6 Prozent freuen, wären es ab 55 000 Euro schon fünf Prozent.

Ähnlich ist der Trend bei der Union, bei der die Forscher angenommen haben, dass sie perspektivisch den Arbeitnehmer-Pauschbetrag und das Kindergeld erhöht. Allerdings will die Union insgesamt für die Mitte der Gesellschaft mit rund ein Prozent Plus weniger tun als alle anderen untersuchten Parteien. Denn die Union konzentriert ihre geplanten Wohltaten auf eine bestimmte Gruppe: Bürger, die jetzt schon viel verdienen.

Gutverdiener

CDU/CSU wollen für Gutverdiener ab 80 000 Euro ein ganzes Feuerwerk abbrennen. Das fängt damit an, dass die Union den Solidaritätszuschlag für alle streichen will. Das kommt fast ausschließlich den Top zehn Prozent im Land zugute, rechnet

Stefan Bach vor, Steuerexperte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). In einem Entwurf von Parteizentrale und Bundestagsfraktion zum Wahlprogramm, dessen Ideen wieder auf die Agenda kommen könnten, verlangt die Union zudem, dass der Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen als bisher greift. Auch davon profitieren zum größten Teil Gutverdiener.

Der Effekt wird noch größer, berücksichtigt man, dass die Union Gewinnen niedriger besteuern will, die in Firmen verbleiben. „Das schafft Investitions- und Innovationskraft für die anstehenden Herausforderungen“, heißt es im Wahlprogramm. Sobald Unternehmen Gewinne an die Eigentümer ausschütten, profitieren die Gutverdiener: Die Steuer auf diese Gewinne zahlen bisher fast ausschließlich sie.

Ganz anders die Mitte-Links-Parteien. SPD und Grüne fordern Haushalten mit mehr als 150 000 Euro mehr als als bisher: über einen höheren Spitzensteuersatz und häufig über die Vermögenssteuer, die ab zwei Millionen Euro pro Person greift. Setzt sich die Linke durch, müsste ein Topverdiener zuzusagen einen BMW im Wert von 80 000 Euro beim Finanzamt abgeben. So viel zieht ein Haushalt mehr, der mehr als eine Viertelmillion Euro im Jahr verdient.

Bei Deutschen mit hohem Einkommen zeigen sich damit zwei Lager. So gibt die SPD im Wahlprogramm als Ziel an, Topverdiener „stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzuziehen“. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen sei „sozialpolitisch bedenklich“ und „ökonomisch unverantwortlich“. Und die Grünen argumentieren, dass Topverdiener bisher relativ weniger beitragen als die Mitte.

Union und noch mehr die FDP dagegen wollen die oberen Einkommen besserstellen. Paar-Haushalte mit 300 000 Euro könnten sich vom Finanzplus von 10 000 beziehungsweise 18 000 Euro sogar einen Kleinwagen kaufen – falls sie denn ein solches Gefährt für angemessen halten. Ge-

nerell sieht die Union ein Finanzplus von zwei Prozent erst ab Einkommen von 80 000 Euro vor, keine andere Gruppe profitiert so stark. Dabei hilft die Union damit nur einer Minderheit: Weniger als jeder siebte steuerpflichtige Deutsche verdient so viel.

Mit ihrer Offensive für Gutverdiener agiert die Union an einigen Menschen vorbei, die bei der Bundestagswahl 2017 für sie stimmten. Sie plant mehr Finanzplus für damalige Wähler der Grünen (plus 2,2 Prozent des Einkommens) und der FDP (plus 2,3 Prozent) als für die eigene Klientel, die im Schnitt weniger verdient als Wähler von Grünen und FDP.

Warum tut sie das? Die Union möchte sich als Partei der Wirtschaft profilieren. Viele Unternehmer zahlen Einkommensteuer und klagen, Deutschland sei ein Hochsteuerland. Der Ökonom Jens Südekum von der Uni Düsseldorf hat noch eine Erklärung: Die Union will der FDP Stimmen abjagen, um zu verhindern, dass die Liberalen mit Grünen und SPD eine Mehrheit bekommen – und die Union nach 16 Jahren Regierung die Macht verliert.

Niedrige Einkommen

SPD, Grüne und Linke kümmern sich in ihren Wahlprogrammen besonders um jene Menschen, die wenig verdienen. Am auffälligsten agieren dabei die Linken, die Haushalten mit bis zu 20 000 Euro brutto im Jahr rund zehn Prozent mehr Geld versprechen – für keine gesellschaftliche Gruppe tut die Partei mehr. Auch wer etwas mehr Lohn nach Hause bringt, zahlt spürbar weniger etwa an Finanzamt und Krankenkasse.

Berücksichtigen sollte man, dass die Linke für niedrige und mittlere Einkommen Kostspieliges plant und dieses Geld durch drastisch höhere Steuern oberhalb der Mitte hereinholen will. Dass dieses radikale Modell in einer möglichen rot-rot-grünen Regierung umgesetzt wird, erscheint unwahrscheinlich. Zwar möchten auch SPD und Grüne den Spitzensatz der Einkommensteuer erhöhen und Vermö-

gen wieder besteuern. Es scheint aber ausgeschlossen, dass sie einen Spitzensteuersatz von 75 Prozent und eine Vermögenssteuer von fünf Prozent mittragen.

Wie die Linke plant auch die SPD für Haushalte mit bis zu 20 000 Euro brutto prozentual so viel Plus wie für keine andere gesellschaftliche Gruppe. „Auch wer einige Tausender mehr Lohn auf Konto überwiesen kriegt, hat deutlich mehr zu erwarten“, berichtet Florian Bühlmann vom ZEW. Das liegt etwa am höheren Mindestlohn von zwölf Euro. Und am neuen Konzept der Kindergrundsicherung, das das Kindergeld erweitert, vor allem für Familien mit wenig Geld. Weil diese Grundsicherung automatisch gezahlt wird, hilft sie besonders dem hohen Anteil an Familien, die Sozialleistungen für Kinder bisher nicht beantragen.

Ein ähnliches Konzept haben die Grünen: „In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht“, heißt es im Wahlprogramm. Auch der Mindestlohn steigt.

Das Augenmerk der drei Parteien auf Haushalte mit niedrigem Einkommen wirkt sich aus. Ihre Pläne würden das Armutsrisiko in der Bevölkerung reduzieren, bei Grünen, Linken und SPD jeweils von heute 14 auf elf Prozent der Bürger. Anders bei Union und FDP. Werden ihre politischen Pläne nach der Wahl umgesetzt, bleibt das Armutsrisiko für die Deutschen gleich hoch. Die FDP verspricht Menschen mit niedrigem Einkommen trotzdem mehr, als mancher vermuten würde. Etwa durch allgemein niedrigere Steuern und ein Chancengeld gegen Kinderarmut. Die Prioritäten bleiben aber klar: Topverdiener ab 100 000 Euro dürfen mit einem viermal so starken Finanzplus rechnen wie Geringverdiener.

Noch zentral hat die Union im Angebot. Prozentual bringen ihre Vorschläge Menschen mit niedrigem Einkommen von allen fünf untersuchten Parteien am wenigsten. Die Union ist das Schlüssliche – wie schon bei der Mittelschicht.

Was das Ganze kostet

Linke, SPD und Grüne gleichen die Kosten ihrer Vorschläge durch zusätzliche Einnahmen aus. Allerdings ist es möglich, dass diese Rechnung nicht aufgeht: etwa weil die belasteten Topverdiener ihren Wohnsitz ins Ausland verlagern oder anders Steuern vermeiden.

Union und FDP reißen entgegen ihren sonstigen Positionen ein zusätzliches Loch von 30 beziehungsweise 90 Milliarden Euro in die Staatskasse – jedenfalls wenn man die vom ZEW berechneten Pläne betrachtet. Das liegt daran, dass beide Parteien höhere Steuern und zusätzliche Schulden vermeiden wollen. Die Union bezieht sich auf die Mittelschicht – das soll dann ihre Versprechen an die Bürger finanzieren. Ob diese Rechnung aufgeht, weiß niemand.

VON ALEXANDER HAGELÜKEN

Die Corona-Pandemie traf Familien hart. Vor allem die 3,2 Millionen Paare mit jüngeren Kindern, bei denen Vater und Mutter arbeiten – und die halbe Million berufstätigen Alleinerziehenden. Sie betreuen ihre nach Hause geschickten Kinder neben dem Job. Oder arbeiteten kürzer und verdienten weniger. Im September wählen die Deutschen eine neue Regierung – im zweiten Jahr einer Pandemie, die noch nicht zu Ende ist. Da wird sich manche Familie fragen, ob die Parteien nach all den Strapazen an sie denken?

Die Antwort heißt: Es kommt darauf an. SPD, Grüne und Linke planen, gerade Haushalte mit Kindern finanziell besserzustellen. CDU/CSU und vor allem FDP setzen die Schwerpunkte teilweise anders, jedenfalls bei höheren Einkommen. Das hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Süddeutsche Zeitung errechnet.

Die ersten ZEW-Rechnungen in der SZ vor einer Woche haben den Wahlkampf angefangen. Sie zeigen, dass zentrale Steuer- und Sozialpläne von Union und FDP Gutverdiener weitaus stärker entlasten als die Mehrheit der Gesellschaft (in diesem Artikel erklären die Forscher auch, was sie genau rechnen). Diesmal liegt das Augenmerk darauf, wie unterschiedliche Lebenskonstellationen von den Plänen betroffen sind: Singles, kinderlose Ehepaare, Alleinerziehende und Paare mit Kindern. Die Rechenergebnisse für Musterhaushalte mit unterschiedlich viel Geld können nur einen Ausschnitt dessen zeigen, was die Wahlpläne insgesamt bedeuten. Will eine Partei digitale Netze, Klimaschutz oder Kinderbetreuung ausbauen, profitieren Bürger, ohne dass sich dies für den Einzelnen finanziell beziffern lässt – dafür fehlen Daten. Trotzdem: „Die Rechenergebnisse geben einen Eindruck, was Deutsche in unterschiedlichen Lebenskonstellationen von der jeweiligen Partei erwarten dürfen“, sagt ZEW-Verteilungsforscher Sebastian Siegloch.

Geringverdiener, beginnende Mittelschicht

Bei dieser Bundestagswahl stimmen die Bürger auch über ein neues Konzept ab. Grüne, SPD und Linke wollen verschiedene Zuschüsse für den Nachwuchs bündeln und erhöhen. „Kindergrundsicherung“ heißt das im Sozialsprech der Wahlprogramme. Es nutzt vor allem Eltern, die eher wenig verdienen. Und die die bisherigen Zuschüsse häufig nicht beantragen, weil sie sie nicht kennen oder zu kompliziert finden. Künftig bekommen die Eltern das Geld automatisch. Der Effekt ist durchschlagend – und einer der Gründe für die finanzielle Wirkung von Grünen, SPD und Linken auf jene, die wenig verdienen oder schon zur Mittelschicht gehören.

Finanzielles Plus oder Minus

pro Jahr in Euro, für Haushalte mit einem Bruttoeinkommen von 40 000 Euro im Jahr

Partei	Single	Ehepaar ohne Kind	Alleinerziehend mit 2 Kindern	Ehepaar mit 2 Kindern
Linke	+1640	+2500	+4250	+5090
Grüne	+110	+230	+1820	+3290
SPD	+150	+0	+1170	+4030
CDU/CSU	+300	+90	+1340	+940
FDP	+1740	+630	+1840	+870

SZ-Grafik, Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Modell EV3TA

Die Mitte-links-Parteien behandeln Musterhaushalte, die 20 000 oder 40 000 Euro jährlich verdienen, sehr unterschiedlich. Paaren oder Alleinerziehenden mit zwei Kindern winken meist 2000 bis 6000 Euro mehr verfügbares Einkommen im Jahr. Das erscheint angesichts von Bruttoverdiensten von 1700 oder 3300 Euro im Monat recht viel. Es ist weit mehr, als die drei Parteien für kinderlose Singles oder Paare planen.

Die Union zeigt in dieser Einkommensgruppe eine ähnliche Tendenz. Alleinerziehende profitieren, weil die Union einen höheren steuerlichen Entlastungsbeitrag vorsieht. Für Paarfamilien jedoch fallen die Beträge weit geringer aus als bei der Konkurrenz, weil der CDU/CSU außer höherem Kindergeld nicht viel Konkretes einfällt. Bei der Union ist noch viel im Fluss. Während Kanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) Steuerentlastungen gerade eine Absage erteilte, obwohl sie teils im Wahlprogramm stehen, pocht CSU-Chef Markus Söder darauf. Das ZEW rechnete zusätzlich zum Wahlprogramm den Entwurf der Bundestagsfraktion mit ein, der für verschiedene Einkommen weitere Ideen bereithält, die wieder auf die Tagesordnung kommen könnten.

Die FDP stellt Alleinerziehende ebenfalls durch einen höheren steuerlichen Entlastungsbeitrag deutlich besser. Zudem hat die Partei etwas im Programm, das der Kindergrundsicherung ähnelt. Sie benennt es nur eleganter als „Chancengeld“. Das ist ein klares Signal an Geringverdiener. Allerdings: „Wer etwas mehr verdient, bei dem schwindet dieser Zuschuss“, analysiert ZEW-Forscher Florian Buhlmann. „Gleichzeitig profitieren von den allgemeinen Steuerensenkungen der FDP Singles am meisten, weil sie bei 3300 Euro Bruttoverdienst im Monat beschert die FDP einem Single ein Finanzplus von 1700 Euro – doppelt so viel wie etwa dem Paar mit zwei Kindern.“

Mitte der Gesellschaft

Noch deutlicher wird das bei einem Monatsverdienst von 5000 Euro, das ist genau der Durchschnitt in Deutschland. Hier stellt die FDP auch kinderlose Ehe-

paare etwas besser als Paarfamilien mit Kindern – und Singles sowieso. Insgesamt wirken die Summen über alle Gruppen ziemlich tüppig. So gut wie jeder kann sich über deutlich mehr Geld freuen. Dabei sollte man aber vielleicht im Hinterkopf behalten, dass die berechneten Pläne der FDP ein Loch von 90 Milliarden Euro in die Staatskasse reißen – Finanzierung ungeklärt.

Und die Union? Bei ihren berechneten Plänen gibt es kaum noch einen Unterschied zwischen Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern. Von einer Vorfahrt für Familien lässt Kanzlerkandidat Armin Laschet nichts erkennen.

Finanzielles Plus oder Minus

pro Jahr in Euro, für Haushalte mit einem Bruttoeinkommen von 60 000 Euro im Jahr

Partei	Single	Ehepaar ohne Kind	Alleinerziehend mit 2 Kindern	Ehepaar mit 2 Kindern
Linke	+1410	+2900	+3860	+5520
Grüne	+110	+230	+1540	+1930
SPD	+590	+100	+930	+1020
CDU/CSU	+920	+230	+1640	+1090
FDP	+3420	+2080	+2770	+2000

SZ-Grafik, Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Modell EV3TA

SPD und Grüne setzen den Schwerpunkt genauso wie vorher: Haushalte mit Kindern profitieren eher als andere, wenn diese Parteien ihre Vorstellungen durchsetzen. Am spendabelsten zeigt sich die Linke, die alle Haushaltstypen viel besser stellt. Ob sie dies in die Tat umsetzen kann, erscheint jedoch fraglich. Die Linke will eine höhere Spitzen- und Vermögensteuer, als sie Grüne oder SPD in einer möglichen Koalition mittragen würden.

Gutverdiener

Die Konsequenz der Linken-Ideen zeigt sich bei Gutverdienern, denen die Partei in allen Haushaltstypen mehr Geld abverlangen will, als sie bisher an den Staat zahlen. Bei den Grünen zahlt der Single mehr als vorher. Alleinerziehende Gutverdiener würde die Veränderung des Kinderfreibetrags treffen, wobei bei diesem Thema noch einiges im Fluss ist. Allerdings verdient sowieso wohl fast keine Alleinerziehende mit zwei Kindern 10 000 Euro im Monat.

Wie geht's der Familie?

Die finanziellen Folgen der Bundestagswahl sind für Singles, Alleinerziehende und Ehepartner enorm unterschiedlich.

Wer von den Plänen der Parteien profitiert – und wer nicht



ILLUSTRATION: JESSY ASMIUS

Finanzielles Plus oder Minus

pro Jahr in Euro, für Haushalte mit einem Bruttoeinkommen von 120 000 Euro im Jahr

Partei	Single	Ehepaar ohne Kind	Alleinerziehend mit 2 Kindern	Ehepaar mit 2 Kindern
Linke	-8640	-3300	-7950	-1780
Grüne	-100	+230	-730	+750
SPD	+460	+1520	-1140	+1090
CDU/CSU	+4080	+2240	+4860	+2290
FDP	+8180	+7820	+8100	+6560

SZ-Grafik, Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Modell EV3TA

Deshalb stehen auch die Entlastungen von FDP und Union für Alleinerziehende mit diesem Einkommen eher auf dem Papier. In der Realität werden es Gutverdiener ohne Kinder am meisten positiv spüren, wenn Union und FDP ihre Vorstellungen durchsetzen. Wo bei Singles mit 4000 sowie 8000 Euro Finanzplus am meisten profitieren – und kinderlose Paare genauso viel oder sogar mehr als Paare mit Kindern.

Bevölkerungstrend und Ungleichheit

Fazit der Rechnungen: Drei von fünf Parteien stellen Familien mit Kindern durchweg besser als kinderlose Haushalte. Die FDP tut meist mehr für jene, die keine Kinder haben. Und bei der Union? Gibt es keine klare Linie, obwohl das Wahlprogramm die Vision von „Deutschland als Familienland“ entwirft. So hängt die Konkurrenz die Union in der Familienpolitik ab. Ökonomisch betrachtet gilt: Bürger, die wenig Geld zur Verfügung haben, gibt es in jeder Gruppe. Mit Kindern oder ohne. So bekommen jüngere Singles oft nur Niedriglohnjobs und verdienen entsprechend wenig. Und grundsätzlich möchte natürlich jede Gruppe von einer neuen Regierung profitieren. Wer hätte nicht gern mehr auf dem Konto?

Blickt man allerdings auf die finanzielle Situation im Durchschnitt, unterscheiden sich die Lebenskonstellationen deutlich. „Paare ohne Kinder und Singles verdienen von allen Gruppen in der Regel am meisten“, analysiert Manuela Barišić von der Bertelsmann-Stiftung. „Alleinerziehende Mütter dagegen haben grundsätzlich weniger Geld zur Verfügung.“ Trotz einiger Verbesserungen in den vergangenen Jahren sind 40 Prozent der Ein-Eltern-Familien einkommensarm, so eine neue Studie der Stiftung. Obwohl sie häu-

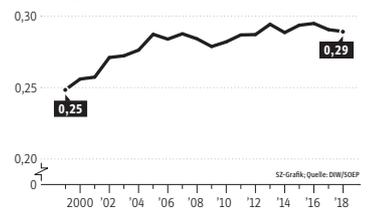
fig arbeiten, könnten viele Alleinerziehende keine gesicherte Existenz für sich und ihre Kinder schaffen.

Auch eine zweite Gruppe verdient in der Regel deutlich weniger als die Kinderlosen: Paare mit Kindern. Vor allem, wenn zwei oder mehr Kinder im Haushalt leben und diese jünger sind. Wenn eine Mutter nach der Geburt wieder arbeiten will, gibt es Hindernisse: von fehlender Kinderbetreuung bis zum Wegfall des Steuervorteils aus dem althergebrachten Ehegattensplitting, das große Verdienstunterschiede zwischen den Partnern belohnt. Während SPD, Grüne und Linke dieses Splitting ändern wollen, hält etwa die Union daran fest.

Es gibt durchaus politische Motive, mehr Finanzplus für Kinderlose vorzuschlagen als für Familien mit Kindern. Deutschland hat sich verändert. Lebten vor 50 Jahren in jedem zweiten Haushalt Kinder, ist das heute nur noch in gut jedem vierten Haushalt so. Vor allem der Anteil der Singles nahm deutlich zu, auf mehr als 40 Prozent.

Wie Deutschland ungleicher wurde

Gini-Koeffizient für Netto-Haushaltseinkommen. Je größer die Gini-Zahl, desto größer die Kluft zwischen Arm und Reich



Wenn aber Alleinerziehende und Paare mit Kindern im Schnitt weniger verdienen als die anderen Gruppen, wirken sich die Vorschläge der Parteien auf eine andere Frage aus: Auf die Kluft zwischen Arm und Reich, die in den vergangenen Dekaden in Deutschland zunahm. Das misst man etwa mit dem Gini-Koeffizienten – je höher die Zahl, desto ungleicher das Land. „Die Effekte der Parteipläne auf die Ungleichheit fallen sehr unterschiedlich aus“, sagt Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Während die Pläne von SPD, Grünen und Linken die Kluft verringert, ist das bei Union und vor allem FDP anders: Konservative und Liberale würden die Ungleichheit in Deutschland vergrößern.



ILLUSTRATION: JESSY ASMUS

Wie solide die Wahlversprechen sind

Die zentralen Steuer- und Sozialpläne mancher Parteien bringen Überschüsse, andere reißen riesige Haushaltslöcher – ein Finanzcheck mit überraschenden Ergebnissen

VON CERSTIN GAMMELIN
UND ALEXANDER HÄGELÜKEN

Mancher Politiker erhebt die Bundestagswahl zur Abstimmung über Deutschlands Schicksal. SPD-Kandidat Olaf Scholz beschwört „den Zusammenhalt der Gesellschaft“, wofür er etwa zwölf Euro Mindestlohn plant und Reiche zur Kasse bitten will. Doch sind solche Ankündigungen realistisch – und finanziell solide?

Ökonomen haben für die Süddeutsche Zeitung berechnet, wie sich zentrale Steuer- und Sozialpläne der Parteien auswirken könnten. Die Ergebnisse sind aufschlussreich. Demnach stehen manche Einnahmen aus Vermögen- und höherer Einkommensteuer von SPD, Grünen und Linken nur auf dem Papier. Denn die betroffenen Steuerzahler würden reagieren – legal wie illegal.

Union und FDP wiederum erzeugen riesige Haushaltslöcher, wenn sie Steuern vor allem für Firmen und Gutverdiener senken. Anders als avisiert entfesseln diese Maßnahmen die Wirtschaft nur teilweise, sodass realistisch ein hohes Finanzminus bleibt (siehe Grafik). Dies bedeutet ein zusätzliches jährliches Staatsdefizit von ein Prozent der Wirtschaftsleistung bei der Union und 2,3 Prozent bei der FDP. „Union und FDP werden es nicht schaffen, wie angekündigt die Schuldenbremse einzuhalten“, sagt Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das zusammen mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die Pläne durchrechnet.

Das ZEW hatte bereits im Juli für die SZ kalkuliert, was zentrale Steuer- und Sozialpläne für die einzelnen Bürger in Euro bedeuten. Ergebnis: Setzen sich SPD, Grüne und Linke durch, werden Mittelschicht und Geringverdiener finanziell bessergestellt – Gutverdiener wie Vermögende aber schlechter. „Union und FDP dagegen entlasten Gutverdiener stark“, so ZEW-Forscher Sebastian Sieglöcher. Wer 12.500 bis 25.000 Euro monatlich verdient, dem beschern CDU/CSU prozentual viermal so viel Geld wie der Mehrheit der Gesellschaft. Auch die Wirkung auf den Bundeshaushalt ist sehr unterschiedlich: Bei den Mitte-links-Parteien ist ein Finanzplus anzunehmen, jedenfalls bevor die Reaktionen der Steuerzahler untersucht werden (etwa 37 Milliarden Euro bei der Linke, siehe Grafik). Bei den Mitte-rechts-Partei-

en gibt es Löcher, 88 Milliarden Euro sind es etwa bei der FDP.

Die neuen Berechnungen zeigen, was am Ende realistisch im Staatshaushalt geschieht. Dabei wird neu die Vermögensteuer auf Betriebsbesitz mit kalkuliert, weshalb die Einnahmen etwa bei der Linke zunächst von 37 auf 70 Milliarden Euro steigen (mittlerer Wert in der Grafik). Gleichzeitig wird berücksichtigt, dass FDP und Union die Steuern für Kapitalgesellschaften auf 25 Prozent senken wollen, was zunächst Einnahmeausfälle bedeutet – weshalb das Haushaltsloch bei der FDP erstmalig auf 102 Milliarden Euro steigt.

Jetzt kommt das Entscheidende: Wie reagieren die Steuerzahler? Wie stark leben Steuererhöhungen von FDP und Union die Wirtschaft tatsächlich, finanzieren diese sich selbst? Und zahlen Reiche und Firmen überhaupt die höheren Steuern, die die Mitte-links-Parteien fordern?

SPD/Grüne/Linke

Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine höhere Einkommensteuer für Gutverdiener bringen zwar höhere Einnahmen, aber weniger als erhofft. Studien zeigen, dass bei Steuererhöhungen stärker Schlupflöcher genutzt werden – legale wie illegale. Unternehmer investieren weniger, nutzen Bewertungsspielräume oder rechnen den Privatwagen einfach der Firma zu. Reiche verkaufen deutsche Immobilien oder verlagern Geld in eine Briefkastenfirma in Panama.

Grüne und SPD planen eine moderate Vermögensteuer, die rechnerisch knapp 18 Milliarden Euro in die Kasse spült. Allerdings könnten ein Fünftel bis fast zwei Drittel davon über Steuersparmodelle wieder verlorengehen. Zahlen würden nur die Vermögenden, weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Denn bei Privatleuten sollen zwei Millionen Euro Vermögen und bei Firmen teils der Firmenbesitz unangestastet bleiben, um wirtschaftliche Schäden zu begrenzen.

Auch die höhere Einkommensteuer bringt weniger als erhofft. Insgesamt bleibt aber genug Geld, um wie geplant die Entlastung der Mittelschicht und höhere Zuschüsse für viele Familien zu finanzieren. Bei SPD und Grünen kommt bei zentralen Steuer- und Sozialplänen am Ende ein realistisches Finanzplus im Haushalt von 16 beziehungsweise 17 Milliarden heraus. „Das Geld kann der Staat sinnvoll ausgeben, für niedrigere Sozialabgaben, Zukunftsinvestitionen oder Klimaschutz. Das hat auch wirtschaftlich positive Effekte“, sagt DIW-Forscher Stefan Bach.

Besonders krass will die Linke hohe Einkommen besteuern – und Vermögen im Schnitt sogar mit drei Prozent jedes Jahr. Die Ökonomen rechnen vor, dass dies sehr starke Vermeidungsreaktionen auslöst. Während SPD und Grüne rund 70 Prozent des Geldes einnehmen dürften, das ihre Pläne verheißen, sind es bei der Linke nur 16 Prozent – sodass sie am Ende weniger in der Staatskasse hat als SPD und Grüne. Klare Botschaft: Wer Steuern zu stark

erhöht, fällt auf die Nase. Interessant aber auch: Grüne, SPD und Linke winken auch deshalb geringere Einnahmen als geplant, weil Deutschland gern genutzte Schlupflöcher hat. Die Union verhandelt zuletzt, dass inländische Steuersparmodelle angezeigt werden müssen. Schließt die nächste Regierung Schlupflöcher, kann sie mit zweistelligen Milliarden-Einnahmen rechnen.

Union/FDP

Die Mitte-rechts-Parteien wollen Steuern für Unternehmen und Gutverdiener senken, um die Wirtschaft zu entfesseln. Wie realistisch ist das? „Gut verdienende Arbeitnehmer werden nicht deutlich mehr arbeiten, weil der Steuersatz sinkt. Die arbeiten ohnehin schon viel“, analysiert ZEW-Forscher Sebastian Sieglöcher. Stärkere Reaktionen sind etwa bei Firmen zu erwarten, die – wie Personengesellschaften – Einkommensteuer zahlen. Ein Unternehmer ist vielleicht bei einer Investition unsicher. „Sinkt die Steuer auf seinen Gewinn, macht er es dann, weil es sich eher lohnt. Dadurch steigen Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen“, sagt Sieglöcher. Diese Effekte gibt es auch bei Kapitalgesellschaften wie AGs. Ein internationaler Konzern investiert vielleicht hier – nicht im Ausland.

Union und FDP erzielen mit niedrigeren Steuern für Firmen also durchaus wirtschaftliche Effekte. Allerdings wachsen die Bäume nicht in den Himmel, so die Forscher. Wenn eine Unions-Regierung die Einkommensteuer senkt, entgehen dem Staat erst mal 32 Milliarden Euro. Selbst bei einem Szenario, bei dem Gutverdiener und Personengesellschaften stärker reagieren, kommen nur gut zwölf Milliarden Euro in die Staatskasse zurück. Bei einer schwächeren Reaktion sind es nur ein paar Milliarden. Bei Kapitalgesellschaften ist es ähnlich.

„Senkungen der Einkommen- und Unternehmensteuer finanzieren sich nur begrenzt“, sagt Sebastian Sieglöcher. Das erklärt, warum die Haushaltslöcher durch die Pläne von Union und FDP am Ende riesig bleiben, selbst wenn man positive Effekte auf die Konjunktur einkalkuliert. Das gilt auch bei der AfD, die ebenfalls die Einkommensteuer senken will und damit ein Minus von gut 40 Milliarden Euro produzieren würde.

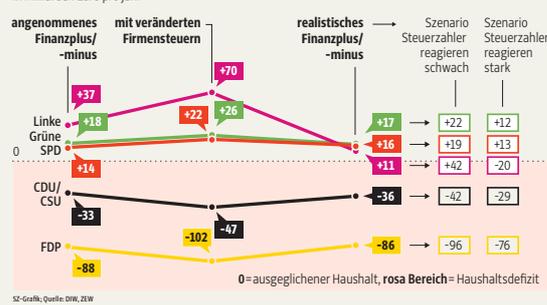
Bei der Union kommt realistischereise ein Minus von 36 Milliarden Euro für den Haushalt heraus, bei der FDP sogar 86 Milliarden Euro. Und das jedes Jahr.

Natürlich ist dies nur eine Teilbetrachtung der Wahlprogramme, die noch anders ankündigen wie etwa Erfolge bei der Digitalisierung oder den Abbau von Bürokratie. Diese Punkte sind zu unkonkret formuliert, um sie berechnen zu können. Aber man kann annehmen, dass sie die Konjunktur zusätzlich beleben – und so die Etatlöcher verringern.

ANZEIGE

Parteien im Finanzcheck

Welche Überschüsse (+) oder Haushaltslöcher (-) zentrale Steuer- und Sozialpläne erzeugen, in Milliarden Euro pro Jahr



VON CERSTIN GAMMELIN
UND ALEXANDER HAGELÜKEN

An diesem Mittwoch will der Bundestag Olaf Scholz zum neuen Kanzler wählen. Nach 16 Jahren CDU soll wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze der Regierung stehen. Was bedeutet dieser Richtungswechsel für jeden Bürger im Portemonnaie? Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat es für die Süddeutsche Zeitung ausgerechnet, erstmals in Deutschland. Ein Ergebnis: Menschen mit wenig Geld profitieren finanziell am meisten von der Ampel-Koalition – und Eltern genauso.

Die ZEW-Rechnungen beantworten Fragen zum neuen Regierungsbündnis. Wie sehr hält der Koalitionsvertrag, was SPD, Grüne und FDP im Wahlkampf angekündigt haben? Verringert es die Kluft zwischen Arm und Reich, dass erstmals seit Langem zwei Mitte-Links-Parteien in der Regierung sind? Und wie groß wird der Krach mit der FDP, falls die Verfassungsrichter im kommenden Jahr den Solidaritätszuschlag kippen?

Natürlich erfassen die Rechnungen nur jenen Teil des Koalitionsvertrags, dessen direkte Finanzwirkungen auf einzelne Bürger bezifferbar sind. Sie müssen ausklammern, was die Ampel bei Klimaschutz, Bildung oder auf anderen Gebieten plant. Trotzdem liefern sie einen Eindruck, mit was für einer Regierung es die Deutschen zu tun bekommen.

Wer gewinnt?

Am meisten dürfen jene Menschen von der neuen Regierung erwarten, die am wenigsten haben: Bürger in Haushalten, die höchstens 20 000 Euro brutto im Jahr verdienen, also grob den aktuellen Mindestlohn bei Vollzeit. Sie können mit 700 Euro mehr im Jahr rechnen, bis zu sechs Prozent ihres Einkommens zusätzlich – mehr als jede andere Gruppe im Land (siehe Grafik). Das liegt etwa daran, dass Olaf Scholz als Kanzler, wie im Wahlkampf angekündigt, den Mindestlohn von 9,60 auf zwölf Euro die Stunde erhöhen will. Dadurch werden bis zu zehn Millionen Bürger besser bezahlt.

„Das Sonderplus für Menschen mit wenig Geld erklärt sich auch durch die Kindergrundsicherung, die die Ampel plant“, so ZEW-Forscher Sebastian Sieglösch. Dieses Konzept fasst verschiedene Zuschüsse für den Nachwuchs zusammen und erhöht sie. Das wird auch Teile der Mittelschicht besterstellen. Wer 30 000 bis 80 000 Euro verdient, kann insgesamt über zusätzlich 1000 bis 1300 Euro im Jahr verfügen.

Es gibt neben Kindergrundsicherung und Mindestlohn weitere Ampel-Vorhaben, die sich finanziell für den einzelnen Bürger ausrechnen lassen. Der höhere Sparpauschbetrag etwa, oder die veränderte Abzugsmöglichkeit der Rentenbeiträge (siehe Kasten: Wie gerechnet wird). Mindestlohn und Kindergrundsicherung, hier mit dem Modell der Grünen kalkuliert, sind jedoch die Pläne mit der größten Auswirkung. Beide zielen auf untere und mittlere Einkommen. Damit ist klar: Für Topverdiener plant diese Regierung keine Wohltaten.

Was haben Familien mit Kindern davon?

Ob ein Bürger finanziell direkt von der Ampel profitiert, hängt sehr davon ab, ob er Kinder hat. Gerade durch die Kindergrundsicherung winkt Eltern ein ansehnliches Finanzplus: Insgesamt 2300 Euro jährlich im Schnitt für Alleinerziehende, 3000 Euro für Paare. Kinderlose haben dagegen weniger zu erwarten.

Die neue Regierung gibt also einen Anreiz, Nachwuchs in die Welt zu setzen, ohne den das deutsche Renten- und Gesundheitssystem zusammenbricht. Dieses Ergebnis hat viel mit der Position von SPD und Grünen zu tun. Hätte die FDP ihr Wahlkampfversprechen durchgesetzt, massiv Steuern für Gutverdiener zu senken, wäre es anders ausgefallen. Zum Beispiel bei einem Haushaltseinkommen von 5000 Euro monatlich, das ist genau der deutsche Durchschnitt. Ein Single mit diesem Verdienst würde nach den FDP-Wahlplänen 3400 Euro Finanzplus kriegen, 700 Euro mehr als eine Alleinerziehende – und 1400 Euro mehr als ein Ehepaar mit Kindern.



ILLUSTRATION: STEFAN DIMITROV

Wer von der Ampel finanziell profitiert

Was bedeuten die Pläne der neuen Regierung für jeden Bürger? Welche Wahlversprechen halten die Parteien wirklich ein? Und was heißt das für Arm und Reich? Das zeigt erstmals eine große Rechnung

Was kündigten die Parteien im Wahlkampf an?

Das ZEW berechnete für die SZ im Wahlkampf dreimal, wie sich zentrale Steuer- und Sozialpläne der Parteien auswirken würden. Das erlaubt einen Vergleich. „Die Ampel-Rechnungen zeigen: SPD und Grüne halten ihr Wahlversprechen, Geringverdiener und Mittelschicht besserzustellen“, sagt ZEW-Ökonom Florian Buhlmann. Das prozentuale Finanzplus durch die Ampel fällt bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von 150 000 Euro ähnlich aus wie das, was SPD und Grüne angekündigt hatten – und unterscheidet sich sehr von den FDP-Plänen.

Allerdings setzen SPD und Grüne weder einen höheren Spitzensteuersatz noch eine Vermögenssteuer durch. Dies hätte Topverdienern zwischen zwei und sechs Prozent Einkommen genommen. Das hat die FDP verhindert. Die Liberalen mussten dafür ihre Ankündigung drastischer Steuer-senkungen für die obere Mittelschicht und Topverdiener kassieren, wie sie auch die Union geplant hatte. In der Spitze wären es 18 000 Euro Entlastung gewesen. Das hat Rot-Grün verhindert. Und der Wähler, der keine CDU/FDP-Regierung wollte.

Schrumpft die Kluft zwischen Arm und Reich?

Obwohl SPD und Grüne keine Steuererhöhungen für Gutverdiener durchsetzen konnten, reduzieren die Ampel-Pläne die zuletzt gewachsene Ungleichheit in

Deutschland, so ZEW-Forscher Holger Stichnoth: „Und zwar gemessen am Ungleichheitsmaß Gini um vier Prozent, ähnlich wie nach den SPD-Wahlkampfplänen.“ Die Wahlpläne von FDP (und Union) dagegen hätten die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert. So führen die Ampel-Pläne dazu, dass mindestens 2,4 Millionen Bürger nicht mehr von Arm bedroht sind. Dazu gehören 1,4 Millionen Kinder.

Was kosten die Ampel-Pläne?

Die Kosten der vom ZEW berechneten Pläne fallen mit zehn Milliarden Euro moderat aus. Der höhere Mindestlohn spielt gar Steuern und Sozialabgaben in die Staatskasse, aber nur, falls nicht viele Jobs verloren gehen. Markant ist beim Ampel-Finanzsaldo der Unterschied zu den FDP-Wahlplänen: Diese hätten ein Haushaltsloch von 80 bis 90 Milliarden Euro in die Staatskasse gerissen.

Was geschieht nach dem Soli-Urteil?

Wohl im Jahr 2022 entscheidet das Bundesverfassungsgericht über den Solidaritätszuschlag, den nur noch etwa die obersten zehn Prozent Topverdiener zahlen. Wird er abgeschafft, steht die Koalition vor unangenehmen Entscheidungen. Klar ist: Die Regierung könnte den Soli in den Einkommensteuertarif integrieren. Dann steigt die Einkommensteuer für Topverdiener leicht, sie ständen genauso da wie vor dem

Urteil. Aber womöglich pocht die FDP darauf, Gutverdienern den finanziellen Vorteil zu lassen. Dann ändern sich die finanziellen Wirkungen der Ampel-Pläne.

Topverdiener ab 250 000 Euro im Jahr würden mit 3,2 Prozent finanziell genauso bessergestellt wie die untere Mittelschicht – und stärker als manch anderer Mittelschichtler (siehe Grafik). „Den Soli einfach abzuschaffen und die Gutverdiener zu entlasten, wäre teuer – und die Ampel würde die Ungleichheit weniger senken als nach ihren bisherigen Plänen“, sagt ZEW-Verteilungsexperte Sebastian Sieglösch.

Noch mehr kippt das Bild Richtung Topverdiener, wenn die Ampel bei der Kindergrundsicherung spart. Das ZEW rechnet

mit dem Modell der Grünen, die mit Anne Spiegel das Familienministerium besetzen sollen. Das Grünen-Modell ist großzügiger als jene von SPD und FDP. Die Koalition hat nicht festgelegt, welches Modell sie verwendet. Sicher ist aber, dass sie bei Klimaschutz, Verkehrswende oder Bildung große Pläne hat – Finanzierung unklar. Auf die Einnahmen aus dem Soli zu verzichten, kostet weitere zehn Milliarden Euro. Weil das Geld knapp ist, nimmt die Ampel bei der Kindergrundsicherung womöglich nicht das Grünen-Modell, sondern zum Beispiel das des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit dem die SPD im Wahlkampf sympathisierte. Es kostet elf Milliarden Euro weniger im Jahr als das Grünen-Modell.

Die Wirkungen wären durchschlagend. Topverdiener würden ohne Soli und bei einer niedrigeren Kindergrundsicherung auf einmal finanziell fast so stark entlastet wie viele Niedrigverdiener. Auf jeden Fall bekämen sie ein größeres prozentuales Finanzplus als die komplette Mittelschicht. Aus der Ampel würde eine Regierung, die den Wahlkampfplänen der FDP näherkommt: mehr Finanzhilfe für Topverdiener als für die breite Masse.

Eine Folge davon wäre, dass die Ampel die Kluft zwischen Arm und Reich weniger reduzieren würde, als dies mit Soli und Grünen-Modell der Kindergrundsicherung der Fall ist. 600 000 Bürger weniger würden dem Armutsrisiko entgehen. Wollen SPD und Grüne das? Die Soli-Frage verheißt Zündstoff für die neue Regierung. Dabei kommt sie doch gerade erst ins Amt.

